

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 14. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2016-2020)

Sitzungsdatum: 18. Oktober 2017
 Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil
 Sitzungsdauer: 18.00 – 19.50 Uhr

Präsenz
 Einwohnerrat: Vorsitz Simon Maurer, Präsident Einwohnerrat
 Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
 Philippe Hofmann
 Roman Klauser (entschuldigt)
 Christoph Morat
 Thomas Pfaff (entschuldigt)
 Franz Vogt
 Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung
 Rudolf Spinnler, Rechtsdienst

Gäste:

Anwesend: Philippe Adam, Rolf Adam, Mark Aellen, Andreas Bärtsch, Andreas Bammatter, Julia Gosteli, Markus Gruber, Kathrin Gürtler, Matthias Häuptli, Lukas Hess, Roman Hintermeister-Goop, René Imhof, Ueli Keller, Christian Kellermann, Patrick Kneubühler, Ursula Krieger, Patrick Lautenschlager, Simon Maurer, Maya Meisel (später) Jérôme Mollat, Evelyne Roth-Räber, Christoph Ruckstuhl, Melina Schellenberg, Florian Spiegel, Beatrice Stierli, Christian Stocker Arnet, Pascale Uccella-Klauser, Henry Vogt, Andreas Widmer, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter, Simon Zimmermann

Entschuldigt: Rahel Balsiger Sonjic, Mirjam Benz, Barbara Grange, Niklaus Morat, Urs Pozivil, Kathrin Schaltenbrand, Semra Wagner, Jörg Waldner

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 30 Anwesende = 20
 18.05 Uhr 31 Anwesende = 21
 18.20 Uhr 32 Anwesende = 22

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitgliedes in die **Kommission für Bauwesen und Umwelt**, anstelle des zurücktretenden Andreas Bammatter, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020) Geschäft 4354
2. Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die **Geschäftsprüfungskommission**, anstelle des zurücktretenden Andreas Bammatter, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020) Geschäft 4355
3. Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die **Kommission für Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales**, anstelle des zurücktretenden Andreas Bammatter, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020) Geschäft 4356
4. Bericht des Gemeinderates vom 20.09.2017, betreffend **BLPK – Behebung der Unterdeckung des Vorsorgewerks des Betriebs- und Verwaltungspersonals der Gemeinde Allschwil aufgrund der Senkung des technischen Zinssatzes**
Geschäftsvertretung: GR Roman Klauser Geschäft 4353
5. Interpellation von Julia Gosteli, Grüne Allschwil, vom 26.04.2017, betreffend **Geruchsbelästigungen durch Backstube in Neuallschwil**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4334
6. Interpellation von Pascale Uccella, SVP, vom 20.06.2017, betreffend **Jährliche Durchführung Banntag**
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4343
7. Interpellation von Etienne Winter und Lukas Hess, SP-Fraktion, vom 20.06.2017, betreffend **„Spezialfinanzierung Wasserversorgung“**
Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt Geschäft 4344 / A
8. Postulat von Roman Hintermeister-Goop, FDP-Fraktion, vom 09.12.2016, betreffend **Beschaffungsstrategie der Gemeinde Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4321
9. Motion von Patrick Lautenschlager und Niggi Morat, SP-Fraktion, vom 19.06.2017, betreffend **Mietzinszuschüsse in Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Roman Klauser Geschäft 4342

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Jörg Bertsch / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 14 vom 18. Oktober 2017

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Simon Maurer

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

Simon Maurer, Präsident: Ich begrüsse alle Anwesenden zur heutigen Sitzung. Zu den Mitteilungen: An die Stelle von Andreas Bammatter wird per 1. November Andreas Lavicka nachrücken. Ich weise ferner darauf hin, dass Budgetanträge bis zur nächsten Einwohnerratssitzung vom Mittwoch, 8. November, eingereicht werden sollten. Denken Sie daran, ein Exemplar unterschrieben beim Büro abzugeben und die Anträge auch elektronisch einzureichen, damit sie weiterverarbeitet werden können.

Mir liegt eine dringliche Motion der SVP-Fraktion vor „Einführung Tempo 30 Zone um alle Schulhäuser in Allschwil“.

Pascale Uccella-Klauser, SVP-Fraktion: Ich ziehe den Antrag auf Dringlicherklärung zurück. Aber ich möchte gerne, dass die Gemeinderäte sich Gedanken machen, wie vorgegangen werden soll, wenn die Baslerstrasse umgebaut wird. Ich habe wirklich Angst, dass dann alle hinten herum fahren, vor allem durch den Baselmattweg. Der ist jetzt schon eher eine Haupt- als eine Nebenstrasse, und ich befürchte, dass es dann noch extremer und gefährlicher für die Kinder wird.

Simon Maurer, Präsident: Mir liegt ein weiterer Vorstoss vor, ein Postulat der FDP-Fraktion, Geschäft Nr. 4358 „Strategische Ziele 18/28 des Gemeinderates für den Bereich Altersbetreuung in Allschwil“.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Die in dem Vorstoss geschilderte Ausgangslage gibt den Handlungsbedarf klar vor und zeigt, dass die FDP-Fraktion begründeterweise der Meinung ist, dass man im Bereich Altersbetreuung jetzt strategische Ziele für die nächsten zehn Jahre definieren muss. Darum bitte ich, das Postulat in der nächsten Sitzung – oder schon vorher durch den Gemeinderat – zu übernehmen und umzusetzen.

Simon Maurer, Präsident: Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Ich stelle fest, dass Ihnen diese rechtzeitig zugestellt wurde und frage den Rat an, ob es Änderungsanträge dazu gibt. – Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist die Traktandenliste in der vorliegenden Form genehmigt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Mitgliedes in die Kommission für Bauwesen und Umwelt, anstelle des zurücktretenden Andreas Bammatter, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020), Geschäft 4354

Simon Maurer, Präsident: Mir liegt ein Wahlvorschlag vor, Andreas Lavicka. Gibt es weitere Wahlvorschläge? – Das ist nicht der Fall. Ich frage an, ob stille Wahl bestritten ist. – Auch das ist nicht der Fall.

://:

Andreas Lavicka ist in stiller Wahl in die Kommission für Bauwesen und Umwelt gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die Geschäftsprüfungskommission, anstelle des zurücktretenden Andreas Bammatter, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020), Geschäft 4355

Simon Maurer, Präsident: Mir liegt ein Wahlvorschlag vor, Andreas Lavicka. Gibt es weitere Wahlvorschläge? – Das ist nicht der Fall. Ich frage an, ob stille Wahl bestritten ist. – Auch das ist nicht der Fall.

://:

Andreas Lavicka ist in stiller Wahl in die Geschäftsprüfungskommission gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die Kommission für Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales, anstelle des zurücktretenden Andreas Bammatter, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020), Geschäft 4356

Simon Maurer, Präsident: Mir liegt ein Wahlvorschlag vor, Melina Schellenberg. Gibt es weitere Wahlvorschläge? – Das ist nicht der Fall. Ich frage an, ob stille Wahl bestritten ist. – Auch das ist nicht der Fall.

://:

Melina Schellenberg ist in stiller Wahl in die Kommission für Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Bericht des Gemeinderates vom 20.09.2017, betreffend BLPK – Behebung der Unterdeckung des Vorsorgewerks des Betriebs- und Verwaltungspersonals der Gemeinde Allschwil aufgrund der Senkung des technischen Zinssatzes
Geschäftsvertretung: GR Roman Klauser, Geschäft 4353

Simon Maurer, Präsident: Die Geschäftsvertretung hat, aufgrund der Abwesenheit der Gemeinderäte Roman Klauser und Thomas Pfaff, Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich möchte nicht nochmals alles wiedergeben, was sie schon im Bericht lesen konnten. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass dort alles wesentliche aufgeführt ist, sodass sie heute einen Entscheid fällen können. Ergänzend zwei, drei Worte: Sie konnten sicher der Presse entnehmen, dass der Stiftungsrat der basellandschaftlichen Pensionskasse beschlossen hat, den technischen Zinssatzes von 3 % auf 1.75 % zu senken, und zwar per 1.1.2018. Die Hauptgründe dafür sind einerseits finanztechnischer Art, auf der anderen Seite natürlich die steigende Lebenserwartung. Die finanztechnischen Gründe sind ihnen ja auch alle bestens bekannt. Wir haben seit Jahren ein rekordtiefes Zinsniveau, wir haben eine sehr eingeschränkte Renditeerwartung, und auch die Negativzinsen machen den Pensionskassen zu schaffen. Der Entscheid des Stiftungsrates, den technischen Zinssatz zu senken, hat einerseits direkte, andererseits indirekte Folgen. Zu den

direkten Folgen gehört der einfache Umstand, dass das vorhandene Kapital nicht mehr ausreicht, um die bereits gesprochenen Renten zu bezahlen. Das heisst, es gibt technisch gesprochen eine Unterdeckung, und das heisst wiederum, dass Sanierungsmassnahmen ergriffen werden müssen. Das ist eine gesetzliche Vorgabe. Die Vorsorgekommission muss diesbezüglich tätig werden. Die indirekten Folgen betreffen die zukünftigen Renten. Hier beabsichtigt die Pensionskasse, den Umwandlungssatz zu senken, dies über vier Jahre hinweg. Ab 2019 will man von 5.8 % auf 5.0 Prozent kommen. Das bedeutet für die Altersrenten eine Senkung, und zwar eine relativ massgebliche Senkung um bis zu 14 %. Auch hier müssen wir, die Gemeinde, als Arbeitgeber natürlich ein entsprechendes Massnahmenpaket schnüren. Auch das muss die Vorsorgekommission tun, und sie arbeitet bereits daran. Am Ende wird es eine entsprechende Einwohnerratsvorlage geben. Was heisst das nun konkret bezüglich des technischen Zinssatzes für die Gemeinde Allschwil als Arbeitgeber? Es betrifft zwei Arbeitnehmergruppen, einerseits das Gemeinde-Lehrpersonal und andererseits das Betriebs- und Verwaltungspersonal. Beim Gemeinde-Lehrpersonal gibt es kein Mitspracherecht. Dort ist klar gesetzlich festgehalten, dass der Arbeitgeber 100 % der Unterdeckung, die sich aus der Senkung des technischen Zinssatzes ergibt, ausgleichen muss. Das sind also gebundene Ausgaben, und es gibt diesbezüglich keine Vorlage an den Einwohnerrat. Wichtig ist in diesem Zusammenhang noch, dass wir in der Rechnung 2016 Rückstellungen gemacht hatten; wir sind diesbezüglich also vorbereitet. Für das Betriebs- und Verwaltungspersonal ist vorgeschrieben, dass die Unterdeckung paritätisch finanziert werden muss und dass sich der Arbeitgeber daran zu mindestens 50 % beteiligen muss. Hierzu müssen die Sanierungsmassnahmen vorgenommen werden, die die Vorsorgekommission beschlossen hat und die in den Anträgen festgehalten sind. Im Bericht sind die drei möglichen Varianten aufgeführt, und sie sehen dort auch, welche Varianten die Vorsorgekommission ins Auge gefasst hat. Ziel war es, nicht zwei Klassen von Arbeitnehmern entstehen zu lassen. Man möchte das Betriebs- und Verwaltungspersonal mit dem Gemeinde-Lehrpersonal gleichstellen, also ebenfalls einen hundertprozentigen Ausgleich der Unterdeckung gewähren. Auch für das Betriebs- und Verwaltungspersonal wurden Rückstellungen gebildet, in Höhe von CHF 3.1 Mio. Damals ging man noch davon aus, es werde per Ende 2017 eine Unterdeckung von CHF 4.6 Mio. entstehen; inzwischen sieht es so aus, dass es nur noch CHF 3.9 Mio. sein werden. Aber in dieser Höhe mussten wir Massnahmen beschliessen. Diese werden dann die Rechnung 2017 betreffen. Zum Verständnis: Sie müssen sich bewusst sein, dass es sich hier um einen Beschluss handelt, den die paritätisch – je zur Hälfte aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern – besetzte Vorsorgekommission getroffen hat. Weil es sich um eine Ausgabe handelt, kommt das Geschäft auch in den Einwohnerrat. Aber es ist nicht so, dass der Einwohnerrat eine andere Sanierungsmassnahme beschliessen könnte. Er könnte das Geschäft höchstens an die Vorsorgekommission zurückweisen. Der Gemeinderat ist allerdings der Meinung, dass das, was die Vorsorgekommission ins Auge gefasst hat, eine gute Lösung darstellt. Die Idee ist, wie Sie sehen, dass man die Arbeitgeberbeitragsreserve von den bisherigen ca. CHF 1.5 Mio. auf den voraussichtlichen Unterdeckungsbetrag von CHF 3.9 Mio. aufstockt und diese Reserve dann mit einem Verwendungsverzicht belegt. Ganz wichtig zu sehen ist, dass diese CHF 3.9 Mio. nicht voll zulasten der Rechnung 2017 gehen, sondern nur im Umfang von rund CHF 800'000, dies deshalb, weil wir bereits in der letzten Rechnung Rückstellungen von CHF 3.1 Mio. gebildet hatten, sodass jetzt nur noch die Differenz in Höhe von rund CHF 800'000 erfolgswirksam ist. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass dies eine ausgewogene Lösung ist. Die anderen beiden Massnahmen, die möglich wären, würden die Arbeitnehmer zusätzlich belasten, was wir nicht für eine gute Lösung halten würden. Darum bitte ich Sie, den Anträgen so, wie sie Ihnen vorliegen, stattzugeben.

Simon Maurer, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das ist nicht der Fall.

Beratung

Jérôme Mollat, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Es geht bei dieser Vorlage um CHF 4 Mio., auch wenn wir schon über 3 Mio. zurückgestellt haben. Wir sind der Meinung, dass diese Vorlage ziemlich komplex ist. Darum möchten wir beliebt machen, dass wir die Vorlage zur Vorprüfung der Fireko überweisen mit dem Ziel, mögliche Alternativen zu prüfen und auch bei anderen Gemeinden vorstellig zu werden, um zu sehen, wie es dort gehandhabt wird. Es ist nicht so, dass wir einen grundsätzlichen Vorbehalt gegen die Vorlage hätten, aber wir denken, es wäre aufgrund der Komplexität und des hohen Betrages sinnvoll, die Angelegenheit der Fireko zur Vorprüfung zu überweisen. Uns ist bewusst, dass es zeitlich eng ist. Aber man muss auch sehen, dass der Sanierungsbedarf bereits seit Anfang Jahr bekannt ist. Darum sind wir der Meinung, dass wir das Geschäft trotz des Zeitdrucks der Fireko überweisen sollten.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Wir unterstützen die Strategie und das Vorgehen des Gemeinderates und dementsprechend auch die Anträge. Wir sind somit nicht der Meinung, dass das Geschäft an die Fireko überwiesen werden müsste.

Beatrice Stierli, CVP-Fraktion: Auch wir unterstützen das Vorgehen des Gemeinderates und sind der Meinung, dass es nicht nötig ist, nochmals einen Umweg über die Fireko zu machen. Wir werden den Anträgen des Gemeinderates so zustimmen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion schliesst sich dem Votum meiner Vorrednerin 1:1 an.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich staune ein wenig. Es ist ein ungewöhnliches Vorgehen, eine Vorlage zu beraten, ohne dass sie in die Kommission gegangen ist. Das bedarf ja einer vernünftigen Begründung. Wir fühlen uns schlicht überfordert, ein so komplexes Thema einfach aufgrund eines Berichts des Gemeinderates ohne Vorprüfung durch die zuständige Kommission zu beraten. Ich wundere mich, dass die Fraktionen, die sich bisher zu Wort gemeldet haben, sich offenbar dazu in der Lage fühlen. Chapeau! Wir müssen uns schon überlegen, ob wir uns als Einwohnerrat nicht selber abschaffen, wenn wir solche Geschäfte mit einem Volumen von vier Millionen, für deren Lösung es verschiedenste Optionen gäbe, einfach als Kopfnicker-Gremium durchwinken.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Wie man sieht, war die Vorsorgekommission, die den Vorschlag ausgearbeitet hat, paritätisch zusammengesetzt mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen. Einsitz hat Roman Klausner, Gemeinderat, Landrat, Präsident der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission des Kantons. Es ist bekannt, dass er lange Zeit in Vorsorgestiftungen des Gewerbeverbandes mitgearbeitet hat. Die Zahlen liegen vor. Sie sind ausgerechnet. Es gibt keinen riesigen Spielraum in dem Sinn, dass man andere Modelle realisieren könnte, sondern es geht grundsätzlich darum, ob man sanieren will oder nicht. Alles andere sind technische Fragen. Jedenfalls ist ausgerechnet worden, dass wir diese CHF 4 Mio. – bzw. für dieses Mal CHF 800'000 – nachgenehmigen müssen, weil das der Gemeinderat einfach nicht allein tun kann. Ich bitte darum, dass das Geschäft heute behandelt wird und man Vertrauen hat, so wie es auch der Staat hatte, als er eine paritätisch besetzte Vorsorgekommission beschlossen und formell eingesetzt hat. Diese hat ihre Arbeit getan, und für mich war das eine vorbereitende Kommissionsarbeit.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Es geht nicht darum, ob wir dürfen oder sollen, sondern wir müssen sanieren. Da gibt es keinen Ausweg. Die Zahl wird nicht kleiner, wenn man das Geschäft an die Fireko verweist. Es waren Arbeitgeber- und, was wichtig ist, auch Arbeitnehmervertreter dabei, und das Ergebnis war anscheinend unbestritten. Warum sollen wir jetzt eine unnötige Diskussion über etwas führen, das unbestritten war – auch wenn es sich natürlich um einen hohen Betrag handelt. Wenn man aufgrund der Vorlage Unklarheiten hatte, hätte es die Möglichkeit gegeben, vorgängig bei der Gemeinde anzuklopfen und das, was nicht klar war, klären zu lassen. Das wäre übrigens auch Aufgabe eines Einwohnerrats, nicht nur hereinzusitzen und nein zu sagen, wenn man etwas nicht begreift, sondern auch einmal nachzufragen.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Die Vorlage ist wirklich nicht so ganz einfach. Aber es ist eben nicht eine rein finanztechnische Vorlage, sondern es ist eine Vorsorge-Vorlage. Wie richtig gesagt wurde, müssen wir eine Sanierungsmassnahme beschliessen, wobei es drei vorgegebene Varianten, wie im Bericht dargestellt, gibt. Die Vor- und Nachteile jeder Variante sind im Bericht aufgezeigt. Ich denke, das lässt sich schon so weit nachvollziehen, dass es nicht nochmals in die Fireko gehen müsste. Ich bitte Sie darum, dem Geschäft gemäss den gestellten Anträgen zuzustimmen.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion kann sich voll und ganz den Ausführungen von Andreas Bammatter anschliessen. Für uns ist die paritätisch besetzte Vorsorgekommission auch eine Kommission, die das Geschäft geprüft hat. Dort hat auch der Arbeitgeber Einsitz, der auf die Bremse steht. Wir haben den Bericht des Gemeinderats gelesen und können die Überlegungen nachvollziehen. Wir sehen nicht, dass man noch einen Umweg über die Fireko machen müsste. Wir haben auch eine Gesamtbetrachtung vorgenommen generell zum Personal, nicht nur in Bezug auf die Pensionskasse, sondern auch auf die Lohnsituation, und wir sind der Meinung, dass man hier wirklich eine Lösung zugunsten des Personals genehmigen sollte.

Simon Maurer, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich frage Herrn Mollat an, ob er einen formellen Antrag auf Überweisung des Geschäfts an die Fireko stellt.

Jérôme Mollat, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ja, ich beantrage Überweisung an die Fireko.

Simon Maurer, Präsident: Ich verzichte auf einen schriftlichen Antrag. Wir kommen zur Abstimmung.

://:

Der Antrag, das Geschäft 4353 zunächst an die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission zu überweisen, wird mit 27 Nein- zu 5 Ja-Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

Simon Maurer, Präsident: Ich frage den Rat an, ob zusätzlich eine abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht wird. – Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, dass die Beratung über das Geschäft 4353 abgeschlossen ist. Wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderates, Seite 6 des Berichts.

Abstimmung

Anträge des Gemeinderates:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen im Namen der Vorsorgekommission der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Die bestehende Arbeitgeberbeitragsreserve von CHF 1'494'263 wird um CHF 2'404'837 auf CHF 3'899'100 erhöht.

://:

Dem Antrag wird mit 27 Ja zu 0 Nein bei 4 Enthaltungen zugestimmt.

2. Auf die Arbeitgeberbeitragsreserve von CHF 3'899'100 wird ein Verwendungsverzicht beschlossen.

://:

Dem Antrag wird mit 28 Ja zu 0 Nein bei 4 Enthaltungen zugestimmt.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Das Ekelpaket ist wieder da. Es stimmt etwas nicht. Zuerst gab es insgesamt 32 Stimmen, dann 31 und zuletzt wieder 32. Jemand müsste schnell hinausgegangen und wieder hereingekommen sein. Ich habe aber niemanden gesehen. Das Ergebnis bei der zweiten Abstimmung kann nicht stimmen. Es müsste 28 : 0 : 4 lauten nach meiner Rechnung.

Simon Maurer, Präsident: Geht es um den 1. Antrag?

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Nein, das war bei der zweiten Abstimmung.

Simon Maurer, Präsident: Ich habe beim 1. Antrag stehen: 27 Ja und 4 Enthaltungen, und beim 2. Antrag 28 Ja und 4 Enthaltungen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ok, ich hatte angenommen, es habe 5 geheissen. Es hat sich erledigt.

Simon Maurer, Präsident: Ich versuche, deutlicher zu reden. Wir kommen zum 3. Antrag.

3. Der Einwohnerrat nimmt zur Kenntnis, dass die CHF 3'899'100 im Umfang der vorhandenen Rückstellungen von CHF 3.1 Mio. (CHF 2.3 Mio. und CHF 0.8 Mio.) erfolgsneutral und im Umfang der Differenz von CHF 799'100 erfolgswirksam zu Lasten der Erfolgsrechnung 2017 verbucht werden.

://:

Dem Antrag wird mit 28 Ja zu 0 Nein bei 4 Enthaltungen zugestimmt.

Schlussabstimmung

://:

Das Geschäft wird einstimmig als Ganzes abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Interpellation von Julia Gosteli, Grüne Allschwil, vom 26.04.2017, betreffend
Geruchsbelästigungen durch Backstube in Neuallschwil
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4334

Simon Maurer, Präsident: Gemäss § 75 des Geschäftsreglements hätte zuerst die Interpellantin Frau Gosteli das Wort. Möchten Sie etwas sagen oder zuerst die Antwort des Gemeinderats abwarten? – [Julia Gosteli möchte nicht vorgängig Stellung nehmen.]

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Der Fall ist uns schon seit 2011 bekannt. Man hat damals Hinweise auf übermässige Rauchentwicklung seitens dieser Holzbäckerei bekommen und sie an das zuständige Lufthygieneamt beider Basel gemeldet. Daraufhin wurden erste technische Verbesserungen eingeführt, die aber nicht das ganze Problem lösten. Am 14. August 2013 hat man nochmals ein Schreiben mit den gesammelten Klagen an das Lufthygieneamt beider Basel weitergegeben, in welchem zusätzliche Massnahmen gefordert wurden, die das Problem effektiv beheben würden. Das Problem war immer, dass es für Holzbacköfen keine Emissionsgrenzwerte gibt. Solche gibt es erst ab 2019, nach der Revision der Luftreinhalteverordnung (LRV). Unter Berücksichtigung ebendieser Gesetzeslücke und der Verhältnismässigkeit wurden aber trotzdem Optimierungen durchgesetzt, zum Beispiel die Anpassung der Kaminhöhe im November 2015, was zu einer spürbaren Verbesserung führte.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Wie sehen die genauen Messresultate des Kamins mit dem Filter aus?

Dazu muss ich vorausschicken, dass es kein Kamin mit einem Filter ist, denn für diesen Typ Holzofen gibt es anscheinend gar keine Filter. Am 24. Oktober 2013, also vor fast vier Jahren, hat das Lufthygieneamt beider Basel das erste Mal gemessen. Dabei hat man festgestellt: Feststoffe 141 mg/m^3 , Kohlenmonoxid $7'815 \text{ mg/m}^3$. Man hat dann nochmals am 24. und 25. Mai 2016 gemessen, da war das Kamin schon erhöht und die Anfeuerungungsverfahren waren optimiert worden. Dadurch hatte sich ergeben, dass die Feststoffe gesenkt waren auf 45 mg/m^3 , der Kohlenmonoxidausstoss auf $3'269 \text{ mg/m}^3$. Damit man mit diesen Werten etwas anfangen kann, reihe ich es ein in die ab 2019 vorgesehenen LRV-Grenzwerte. Dann dürfen die Feststoffe nicht mehr als 50 mg/m^3 betragen, Kohlenmonoxid nicht mehr als $4'000 \text{ mg/m}^3$. Man sieht also, dass die beiden Werte, die man im Mai 2016 gemessen hat, unter diesen Grenzwerten liegen. Somit kann gesagt werden, dass keine Grenzwertüberschreitungen eintreten, und dass auch die Distanz von 400 m zu den Wohngebieten dazu führt, dass die gemessenen Emissionen zu gering sind, um eine Gesundheitsgefährdung herbeizuführen. Eine solche wird vom Lufthygieneamt ausgeschlossen.

2. Wie viele Leute haben sich wegen dieser Geruchsbelästigung bei der Gemeinde schriftlich oder telefonisch gemeldet?

Es sind insgesamt dreiundzwanzig Meldungen dokumentiert.

3. Wo steht diese Bäckerei genau?

Sie steht an der Kiesstrasse 12, im Gewerbegebiet Bachgraben, wie gesagt rund 400 m von der Wohnzone entfernt.

4. Hat sich die Bäckerei der Gemeinde gegenüber zur Geruchsbelästigung geäussert und wie?

Dazu ist zu sagen, dass der Kontakt von Anfang an immer verständnisvoll und kooperativ war, und man war immer bestrebt, durch Anpassungen der Anlage die Geruchsemissionen zu reduzieren. Das hat der Inhaber zum Beispiel bewiesen bei der kostspieligen Anpassung des Kamins, beim Ersatz eines Holzbackofens durch einen Elektrobackofen, was „zu der kuriosen Einführung einer Weltneuheit führte, nämlich dass jetzt Holzofenbrot aus dem Elektrobackofen angeboten wird“ – das ist O-Ton Herr Häusler im Radio am 2. September 2017. Er hat uns aber auch immer signalisiert, nebst dem ironischen Spässchen, das er selber gemacht hatte, dass es ihm ein ernstes Anliegen ist, die Emissionen senken zu können und eine verträgliche Lösung herbeizuführen. Vor wenigen Tagen ist auch noch ein Schreiben eingetroffen von einer Privatperson, dass sich im Zeitraum August/September 2017 eine enorme Verbesserung eingestellt habe aufgrund der getroffenen Massnahmen, und dass man die Sache auf sich beruhen lassen könne, wenn es so bleibt, wie es jetzt ist. Was bleibt? Der Betreiber

hat das zweite Kamin des Holzofens nicht angepasst, sondern dieser Holzofen wird zeitnah durch einen elektrischen ersetzt werden.

Ich hoffe, dass ich mit diesen Antworten die richtigen Worte auf die gestellten Fragen gefunden habe.

Simon Maurer, Präsident: Ich frage Frau Gosteli an, ob sie mit den Antworten des Gemeinderats zufrieden ist.

Julia Gosteli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Danke für die Antworten. Es war so gewesen, dass sich Bewohnerinnen im Bachgrabengebiet bei mir gemeldet hatten, zwei Personen unabhängig voneinander. Das war im Frühling dieses Jahres. Sie waren völlig verzweifelt, weil die Zustände seit 2011 beanstandet wurden. Sie schilderten mir deutlich, dass sie unter Atemnot litten. Eine der Personen ist Asthmatiker und konnte nicht mehr lüften. Es muss wirklich ein massiver Gestank gewesen sein. Nachdem ich dann die Interpellation eingereicht hatte, kam jemand zu mir und meinte, nun wisse er endlich, warum es immer so gestunken habe. Mir geht es einfach darum, dass man die Leute ernst nimmt. Ich finde das eine lange Zeit seit 2011, wenn es erst jetzt eine Lösung gegeben hat. Das kann ich nicht gut nachvollziehen. Ich bin sehr wohl froh, dass sich jetzt eine deutliche Änderung ergeben hat. Ich habe den Brief auch erhalten, in welchem geschrieben wurde, dass seit der Stilllegung des zweiten Holzbackofens eine deutliche Verbesserung eingetreten sei. Der Geruch sei längst nicht mehr so penetrant. Es habe im August/September nur noch dreimal ein bisschen gerochen, aber das sei passabel gewesen. Es sei aber schon enorm, dass man dafür jahrelang hartnäckigst habe reklamieren müssen. Das sei unangenehm, und sie würden weiterhin auf der Lauer liegen, denn sie möchten wirklich nicht, dass die alten Zustände wieder einkehren.

Diskussion

Simon Maurer, Präsident: Wir kommen zur Diskussion, es sei denn, es liegt ein Gegenantrag vor. – Dies ist nicht der Fall. Die Rednerliste ist eröffnet.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich muss sagen, ich finde es traurig, dass Andy seine Backstube so abändern muss in einer Situation, in der er die Emissionswerte nicht einmal annähernd getroffen hatte. Es ist dort jetzt ein Elektrobackofen installiert und es kommt noch ein zweiter dazu. Das finde ich schade, denn er hatte eigentlich ein gutes Konzept. Er ist Berufskollege von mir, ich war auch einmal Becker/Konditor. – Was im Übrigen bei den Äusserungen des Gemeinderats vergessen gegangen ist: Bei tiefem Luftdruck kann man machen, was man will, der Geruch wird nach unten gedrückt. Das ist einfach von der Natur her gegeben. Da kann man noch so viele Filter einbauen. – Warum es so lange gedauert hat, dazu kann ich aus meinem Wissen sagen: Wenn man einen Holzbackofen installiert, dann braucht es seine Zeit, den anzupassen, es braucht dazu relativ viel. Wie ich es mitbekommen habe, hat Andy sich immer bemüht, alles, was man ihm auferlegt hat, zu erfüllen, obwohl er die Grenzwerte nie erreicht hat. Es gab ja gar keine Grenzwerte. Es wird jetzt einen geben ab 2019. Aber er wurde vorgängig nie überschritten. Von daher finde ich es schade, dass er die Holzbacköfen komplett stilllegen muss, nur weil es gewisse gegeben hat. Ich muss sagen: 23 Nasen, das ist in meinen Augen auch ein bisschen eine Stänkerei. Denn es ist wirklich nicht so viel herübergeweht, dass man da von Asthmaproblemen reden müsste. Ich habe auch Asthma, und ich habe nie etwas gemerkt. Ich fahre X-mal dort vorbei und bin auch schon innen drin gestanden. So schlimm ist es dann auch wieder nicht. Aber es gibt eben Leute, die gerne ein bisschen Polemik betreiben.

Simon Maurer, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Somit gilt diese Interpellation als beantwortet.

://:

Die Interpellation „Geruchsbelästigung durch Backstube in Neuallschwil“, Geschäft 4334, wird als erledigt abgeschrieben.

PAUSE

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATS

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich möchte das Info-Fenster für einen kleinen Werbespot nutzen. Es gibt einen Informationsanlass zum Start der Mitwirkung am Räumlichen Entwicklungskonzept Allschwil. Ich weiss, das Datum ist für die Fraktionen nicht das geschickteste, nämlich Montag, 30. Oktober. Ich bitte trotzdem zu schauen, dass aus allen Fraktionen oder jedenfalls aus den Parteien einige Personen dazu kommen, sodass wir mit einer breiten Mitwirkung starten können. Die Veranstaltung ist hier in diesem Saal am 30. Oktober ab 19:00 Uhr.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Dieses Datum ist sehr ungeschickt gewählt. Es steht ja dann die Budgetberatung an, sodass es klar ist, dass man an der Fraktionssitzung anwesend sein muss. Da sollte man vielleicht nochmals über die Bücher gehen, ob man nicht ein anderes Datum nehmen kann. Denn das Thema ist ja auch nicht ganz unwichtig.

Simon Maurer, Präsident: Wir fahren weiter mit der Traktandenliste.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 6

Interpellation von Pascale Uccella, SVP, vom 20.06.2017, betreffend
Jährliche Durchführung Banntag
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4343

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Der Banntag in Allschwil, das ist richtig, ist ganz klar ein Familienanlass – anders als das in einigen anderen Gemeinden der Fall ist. Unser Banntag zieht auch immer sehr viele Besucher an. Vor allem bei schönem Wetter sind das etwa 600 Leute, die auf den Platz kommen und den Anlass begehnen. Es ist aber auch bei einzelnen Rotten ein Rückgang an Besuchern zu verzeichnen, zum Teil wegen Überalterung und weil die Jungen nicht mehr so recht mitmachen. Ein „echter“, historisch verwurzelter Banntag, bei welchem man die Grenzen ablauft, ist es in Allschwil ja nicht mehr. Das zeigt sich ja auch daran, dass er während einer gewissen Zeit überhaupt nicht mehr stattgefunden hatte und dann wieder ins Leben gerufen wurde. Aber er hat Volksfestcharakter, das ist so. Alle zwei Jahre zieht er rund 600 Menschen an, die dann eine Riesenfreude haben. Die Frage, die sich aber stellt, und die sich auch der Gemeinderat gestellt hat, ist: Schaffen wir es auch, dass wir jedes Jahr einen so gut besuchten Banntag haben? Oder würde sich dann nicht der eine oder andere sagen, es ist ja jetzt nichts so Spezielles mehr, ich kann ja vielleicht auch nächstes Jahr wieder gehen. Dann teilt es sich auf und wir haben so einen Mittelmass-Anlass, den wir alle ja eigentlich nicht möchten. Der Gemeinderat hat nach längerer Diskussion das Risiko, dass es bei jährlicher Durchführung einen zu starken Teilnehmerrückgang gibt, als zu hoch eingestuft, und er hat sich dafür ausgesprochen, am zweijährigen Turnus festzuhalten. Ich gebe zu, der Gemeinderat hat da vielleicht ein bisschen viel Respekt oder auch Angst vor dieser Gefahr. Aber ganz wegdiskutieren darf man nicht, dass es so herauskommen könnte, und das möchten wir einfach nicht.

Pascale Uccella-Klauser, SVP-Fraktion: Vielen Dank für die Antwort. Ich kann diese Überlegungen verstehen. Es ist ja auch so, dass es bei schlechtem Wetter nicht so viele Leute hat. Ich war einfach aus der Bevölkerung angesprochen worden. Darum habe ich dieses Anliegen so aufgenommen und als Interpellation eingebracht. Was ich dem Gemeinderat aber mitgeben möchte: Man sollte sich überlegen, ob man vielleicht wieder einmal sonst etwas, zum Beispiel ein Dorffest, veranstalten könnte. Ich glaube, das letzte war vor etwa zehn Jahren.

Simon Maurer, Präsident: Gibt es einen Gegenantrag zur Diskussion? – Das ist nicht der Fall. Die Rednerliste ist eröffnet. – Es gibt keine Wortmeldungen. Somit gilt diese Interpellation als beantwortet.

://:

Die Interpellation betreffend Jährliche Durchführung Banntag, Geschäft 4343, wird als erledigt abgeschrieben.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Ich bitte um Entschuldigung, ich habe geschlafen. Aber es ist heute ja das letzte Mal. Ich habe mich erkundigt, was die Nachbargemeinden tun. Viele veranstalten alljährlich etwas derartiges, zum Beispiel Binningen. Oberwil veranstaltet einen sogenannten Waldtag, ebenso Schönenbuch. Dort war ich schon einmal eingeladen, ebenso in Oberwil. Die Herausforderung ist, und das muss man wissen: Es braucht ein OK, ein Team, welches das durchführt. Wenn sich ein solches bildet, ist das eine grosse Leistung. Die Frage ist, ob man diese Leute jedes Jahr belasten kann. Bei zweijährigem Turnus können Sie jedes zweite Jahr an Auffahrt etwas anderes unternehmen. Davon abgesehen könnte ich mir schon vorstellen, dass das Publikum auch bei jährlicher Durchführung kommen würde, wenn das Wetter schön ist. Das kennen wir ja von unserem 1. Mai-Anlass. Aber wie gesagt, wenn man den jährlichen Banntag will, braucht man ein OK, das ihn organisiert.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 7

Interpellation von Etienne Winter und Lukas Hess, SP-Fraktion, vom 20.06.2017, betreffend „Spezialfinanzierung Wasserversorgung“
Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt, Geschäft 4344 / A

Franz Vogt, Gemeinderat: Sie haben die sehr ausführliche schriftliche Antwort des Gemeinderats sicher gelesen. Ich möchte dennoch kurz auf die drei gestellten Fragen eingehen.

1. Welche Absichten verfolgt der Gemeinderat mittels der seit Jahren steigenden Mehrerträgen, dem immer grösser werdenden Eigenkapital und andererseits den ausfallenden Minderinvestitionen im Bereich der Spezialfinanzierungen Wasserversorgung?

Möglicherweise ist hier eine Begriffsverwirrung entstanden zwischen Eigenkapital und Nettovermögen. Ich zeige hier ein Diagramm aus dem neuen Finanzplan 2018–2022, das man um den grünen Balken ergänzt hat, der in den letzten Finanzplänen fehlte. Wie man sieht, markiert dieser grüne Balken immer die Differenz zwischen dem gelben und dem blauen Balken. Dies ist also das sogenannte Nettovermögen. Das Eigenkapital ist demgegenüber ein buchhalterischer, eher technischer Wert. Im vorliegenden Fall ist das ansteigende Eigenkapital auch dadurch verursacht, dass bis im Jahr 2013 die Anlagen für die Wasserversorgung mit 8 % pro Jahr abgeschrieben wurden. Unter HRM2 wird neu die Wasserversorgung über 50 Jahre abgeschrieben, was also 2 % jährlich entspricht. Auch dadurch steigt das sogenannte Verwaltungsvermögen an. Auch das ist eigentlich ein buchhalterischer Wert, der nichts mit dem tatsächlichen Wert der Wasserleitungen zu tun hat. Man muss sich vorstellen, dass wir in Allschwil 70 km Wasserleitungen haben, deren Wert mit den CHF 4 Mio. die im Jahr 2017 angegeben sind, natürlich bei weitem nicht zutreffend wiedergegeben wird. Aber es ist ja so, dass wir diese Wasserleitungen aus zwei Gründen nicht verkaufen können. Erstes würde man keinen Käufer finden, es könnte ja niemand etwas damit anfangen. Zweitens – was noch wichtiger ist – brauchen wir diese Wasserleitungen ja für die Versorgung unserer Bevölkerung. Was hier als Verwaltungsvermögen ausgewiesen ist, sind eigentlich die Investitionen abzüglich der Abschreibungen. Und wenn man weniger abschreibt – was ja eigentlich sinnvoll ist, denn die Wasserleitungen sollen 50 und mehr Jahre halten –, ist klar, dass das Verwaltungsvermögen ansteigt. Und da das Eigenkapital sich bildet aus Verwaltungsvermögen und Nettovermögen, ist klar, dass das Eigenkapital ansteigt. Wie gesagt, ist weniger das Eigenkapital entscheidend, als vielmehr das Nettovermögen. Und wie Sie sehen, ist dieses sogar leicht fallend. Die Strategie des Gemeinderates sieht vor, dass die Spezialfinanzierung ein moderates Nettovermögen hat, damit nicht die allgemeine Kasse den Spezialfinanzierungen Mittel vorstrecken muss, die sie ja nicht hat. Hätten wir ein Nettovermögen von CHF 50 Mio., dann könnte man sich so eine Strategie überlegen. Aber die Gemeinde müsste das Geld auf dem Markt aufnehmen. Und obwohl das jetzt günstig zu haben ist, werden Sie mir zustimmen, dass das keine kluge Strategie wäre. Dass das Nettovermögen im Finanzplan jetzt sinkend abgebildet ist, hat auch damit zu tun, dass der Gemeinderat ihnen im Dezember beantragen wird, die Mengengebühren um Fr. 0.10 zu senken. Das Zweite ist – und das spielt in die Beantwortung von Frage 2 hinein – dass man einen neuen Mitarbeiter angestellt hat, der unterdessen seine Tätigkeit aufgenommen hat, und zwar beim technischen Unterhalt der Wasserversorgung. Diese Lohnkosten werden auch ein Sinken des Nettovermögens bewirken. Zu den angesprochenen Minderinvestitionen: Es ist klar, dass Vorhaben der Wasserversorgung abhängig sind vom Strassenbau. Es wird also immer Budgetverschiebungen geben. Das wird auch in Zukunft so sein, weil sich Strassenprojekte gern verzögern. Es handelt sich aber nicht um Minderinvestitionen, sondern um Verschiebungen. Die Baslerstrasse, deren Sanierung sich um x Jahre verzögert hat, ist dafür ein gutes Beispiel.

2. In Anbetracht der vorliegenden Situation: Ist möglicherweise eine personelle Ressourcenknappheit auf der Gemeindeverwaltung mitverantwortlich für die vorliegenden Umstände oder liegen andere Erklärungsgründe vor? Wenn ja welche?

Eine Ressourcenknappheit im Projektteam für die Wasserleitungen hatte für die letzten Jahre nicht vorgelegen. Aktuell sieht es etwas anders aus. Wir sind daran, sicher 2 Mitarbeiter zu rekrutieren, weil ja Andres Linder und Henrik Wilke uns verlassen haben. Im Bereich der Qualitätssicherung und des Unterhalts hatten, wie vorhin erwähnt, die aktuellen Ressourcen nicht mehr ausgereicht. Deshalb wurde per Oktober 2017 eine zusätzliche Stelle bewilligt. Der Mann hat seine Stelle angetreten, wie ich mich heute Morgen überzeugen konnte, und das läuft dort gut.

3. Der Fokus im Investitionsbereich liegt zum grossen Teil auf die Gesamtanierung der Baslerstrasse andererseits ist in der Rechnung 2016 zu lesen, dass in dem besagten Jahr rund 16 Wasserleitungsbrüche in Allschwil zu verzeichnen waren. Wie beurteilt der Gemeinderat den Zustand des Gemeinde-Wasserversorgungsnetzes und welcher Handlungs- und Sanierungsbedarf für die Zielerreichung der Finanzstrategie (siehe Ausgangslage) besteht?

Der Zustand der Wasserleitungen kann grundsätzlich als gut bezeichnet werden. Allerdings sind ca. ein Drittel der Leitungen Graugussleitungen. Was nicht unbedingt heisst, dass sie schlecht sein müssen. Aber das ist ein Material, das man, meine ich, bis Ende der sechziger Jahre verwendet hat. Es ist natürlich bruchanfälliger als Duktulguss, wie man ihn heute verwendet. Mittelfristig müssen diese Leitungen ersetzt werden, immer im Zusammenhang mit Strassenbau- oder sonstigen Werkleitungsprojekten. Der Gemeinderat hat auch ein sogenanntes generelles Wasserprojekt in Auftrag gegeben. Die beauftragte Firma hat dem Wasserleitungsnetz ein gutes Zeugnis ausgestellt. Aber sie schreibt auch, es sei sinnvoll, ein bis anderthalb Prozent der Leitungen jährlich zu ersetzen. Das ist der Grund, warum man dafür ca. 1 Million im Finanzplan eingestellt hat. Auch aus diesem Grund sollte das Nettovermögen am Ende der Planperiode sicher nicht negativ werden.

Simon Maurer, Präsident: Ich frage die Interpellanten an, ob sie mit der Antwort zufrieden sind.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Vielen Dank für die ausführlichen Darlegungen. Ich habe noch ein paar Anschlussfragen. Wie sieht die Relation aus zwischen Notsanierungen, um sie einmal so zu nennen? Wir hatten ja 16 Rohrbrüche zu verzeichnen. Im Bericht steht, dies bewege sich in der gleichen Grössenordnung wie in den vergangenen Jahren. Wie hoch sind die Kosten im Verhältnis zu den generellen Erneuerungen? Oder auch: Wie oft muss eine Leitung brechen, bevor man sie ganz herausnimmt? Dann noch eine Frage zu den Investitionen: Es wird ja ausgeführt, dass es bei der Baslerstrasse und beim Hegenheimerweg zu Verzögerungen kam. Ergab sich dadurch die Möglichkeit, andere geplante Investitionen vorzuziehen? Schliesslich noch eine Frage zum Leitbild „Zukunft Allschwil“. Dort ist unter Massnahme 4 die Erarbeitung einer Erhaltungsstrategie vorgesehen. Ich habe nicht verstanden, ob diese bereits auf dem Tisch liegt. Sollte es so sein, empfehle ich dem Gemeinderat, sie dem Einwohnerrat zugänglich zu machen.

Franz Vogt, Gemeinderat: Die Relation Notsanierungen – generelle Sanierungen weiss ich natürlich nicht auswendig. Ich versuche das gerne abzuklären. Vermutlich wird das relativ schwierig sein. Das Ganze ist technisch sehr aufwendig und kompliziert. Man kennt inzwischen auch Methoden, um drohende Rohrbrüche im Voraus zu erkennen und dann einzugreifen. – Was die Verzögerung bei der Baslerstrasse angeht, so denke ich, dass man keine anderweitigen Investitionen vorziehen konnte. – Eine Erhaltungsstrategie liegt noch nicht in ausgearbeiteter Form vor. Die mit dem Tiefbau befassten Personen wissen natürlich, was ansteht. Gewisse Grundlagen für eine Erhaltungsstrategie sind aber vorhanden. Der generelle Wasserplan und der generelle Entwässerungsplan waren ja, soweit ich weiss, sogar schon im Einwohnerrat. Was den Strassenunterhalt angeht, so konnte man ja kürzlich im Allschwiler Anzeiger lesen, dass zurzeit ein Spezialfahrzeug unterwegs ist, das den Strassenzustand dokumentiert. Aber tatsächlich ist es ein Ziel gemäss Leitbild und auch mein persönliches Ziel in meinem neuen Ressort, eine solche Erhaltungsstrategie vorzulegen. Ich möchte mich jetzt aber nicht auf eine bestimmte Zeitdauer festlegen, denn es handelt sich um eine sehr komplexe Angelegenheit. Es wird sicherlich nicht möglich sein, sie innerhalb des nächsten halben Jahres vorzulegen, dies auch wegen der erwähnten Vakanzen im Tiefbau. Ich bin mir aber mit dem neuen Bereichsleiter Bau einig, dass eine solche Erhaltungsstrategie erstellt werden muss. Dies ist einer der wichtigsten Punkte in meinem Ressort.

Simon Maurer, Präsident: Ich frage den Rat an, ob es einen Gegenantrag zur Diskussion gibt. – Das ist nicht der Fall. Somit ist die Rednerliste eröffnet. – Es gibt offenbar keine Wortmeldungen. Somit gilt die Interpellation als beantwortet.

://:

Die Interpellation „Spezialfinanzierung Wasserversorgung“ Geschäft 4344 / A wird als erledigt abgeschrieben.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 8

Postulat von Roman Hintermeister-Goop, FDP-Fraktion, vom 09.12.2016,
betreffend Beschaffungsstrategie der Gemeinde Allschwil

Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme

Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4321

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Wie sie der Einladung zur heutigen Einwohnerratssitzung entnehmen konnten, ist der Gemeinderat bereit, das Postulat entgegenzunehmen, die Beschaffungsstrategie zu überprüfen und dem Einwohnerrat darüber zu berichten. Es bleibt aber ein kleines „aber“, und das möchte ich jetzt schon anbringen. Mit einer Beschaffungsstrategie können verschiedene Ziele verfolgt werden. Es gibt aber Ziele, die sich allenfalls widersprechen könnten. Da ist auf der einen Seite die Kosteneinsparung, auf der anderen Seite der regionale Aspekt. Beide Themen sind ja auch vom Postulanten angesprochen worden. Es muss nicht sein, aber es kann so sein, dass es kostengünstiger ist, Waren bei einem sehr grossen Verteiler einzukaufen, bzw. dass es etwas teurer wird, die Waren vor Ort einzukaufen. Da gilt es, die Ziele zu definieren. Der Gemeinderat ist bereit, diese Arbeit zu machen und ihnen darüber zu berichten.

Simon Maurer, Präsident: Liegt ein Gegenantrag zur Annahme durch den Gemeinderat vor? – Das ist nicht der Fall.

://:

Das Postulat „Beschaffungsstrategie der Gemeinde Allschwil“, Geschäft 4321, ist an den Gemeinderat überwiesen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 9

Motion von Patrick Lautenschlager und Niggi Morat, SP-Fraktion, vom 19.06.2017,
betreffend Mietzinszuschüsse in Allschwil

Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Roman Klauser, Geschäft 4342

Simon Maurer, Präsident: Der Gemeinderat hat Entgegennahme beantragt. Liegt ein Gegenantrag vor?

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Uns stellen sich einige Fragen, von denen wir denken, dass man sie eher „prüfen“ sollte, statt sie in Form einer Motion vorzubringen. Wir würden den Vorstoss unterstützen, wenn er in ein Postulat umgewandelt werden würde, und fragen die Motionäre an, ob dies möglich wäre.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Das stürzt mich jetzt ins kalte Wasser, weil ich für die Verfassung dieser Motion nicht zuständig war und sowohl Patrick Lautenschlager wie Niggi Morat heute nicht anwesend sind... Nein, du bist ja da, Patrick, und wirst vielleicht noch dazu Stellung nehmen. Von mir vorab so viel: Ich finde es schade, dass wir von dem Anliegen der FDP-Fraktion nicht vor der Sitzung erfahren haben, damit wir es zusammen hätten anschauen können.

Simon Maurer, Präsident: Ich nehme auf, dass dies ein Gegenantrag war. Wir stimmen also über die Überweisung dieser Motion ab

://:

Der Überweisung der Motion betreffend Mietzinszuschüsse in Allschwil, Geschäft 4342 wird mit 25 Ja zu 4 Nein bei 0 Enthaltungen zugestimmt.

Simon Maurer, Präsident: Die Traktandenliste haben wir nun tatsächlich schon 10 Minuten vor 20 Uhr abgearbeitet. Ich möchte zum Schluss dieser Sitzung das Wort noch gerne an Etienne Winter geben.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ich bitte noch um einen kleinen Augenblick Aufmerksamkeit. Acht Jahre GPK, davon vier als Präsident; vier Jahre Umweltkommission und ein Jahr KBU, summa summarum 13 Jahre Mitglied im Einwohnerrat. 13 Jahre als Volksvertreter im Einsatz für die Mitgestaltung unserer

Einwohnergemeinde Allschwil. Lieber Bammi, mit der heutigen Sitzung endet ein Kapitel deiner persönlichen Lebensgeschichte unter dem Titel „ER Allschwil“, ein Kapitel, das sicher einiges zu berichten hat und von zahlreichen Erinnerungen schwelgt. Es ist sicher nicht vermessen, wenn ich behaupte, dass du all die Jahre eine grosse Bereicherung für diesen Rat warst, und dass du mit deiner grossen politischen Leidenschaft und deinem Engagement einiges hier drin bewegt hast, was mit über 40 persönlichen Vorstössen in deiner Amtszeit auch unterstrichen wird. Speziell möchte ich deine Konsensfähigkeit bei schwierigen und sehr streitigen Geschäften hervorheben. Es ist nicht immer einfach, von der eigenen Meinung abrücken zu müssen und einen Schritt auf die anderen zu zu machen, sodass Allschwil als Ganzes einen Schritt vorwärts machen kann. Doch du hast wirklich keinen Aufwand und keine Zeit gescheut, auf alle Fraktionen einzugehen und zahlreiche Gespräche zu führen, um den politischen Puls zu fühlen, damit wir am Ende eine übergrosse Mehrheit zustande brachten. Handkehrum bewundere ich aber genauso auch deine Standfestigkeit, mit der du die dir persönlich wichtigsten Anliegen zielstrebig verfolgst. Im Namen der SP-Fraktion darf ich dir für all deine Arbeit für Allschwil, für den Rat und für uns alle einen guten Tropfen überreichen. Aber auch deiner Frau Elisabeth, die dich in all den Jahren tatkräftig unterstützt hat möchten wir ein übergrosses Merci sagen in Form dieses tollen Blumenstrausses. Langer Rede kurzer Sinn, oder wie es der heute leider abwesende Niggi Morat gerne zu sagen pflegt: Lieber Bammi, das Herz schlägt links und das Blut ist rot. Mach weiter so, wenn auch nicht mehr bei uns, dann umso mehr im Landrat! Dankeschön! [anhaltender Applaus]

Simon Maurer, Präsident: Auch von meiner Seite ein grosses Dankeschön für dein Engagement, Bammi. Wir werden dich vermissen, also ich zumindest. Ganz zum Schluss möchte ich das Wort noch Nicole Nüssli geben.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich möchte mich diesen Worten auch im Namen des Gemeinderates anschliessen, lieber Andy Bammatter. Ich habe es dir auch persönlich schon gesagt: Du hinterlässt grosse Fusstapfen, und dem, der diese füllen muss, wünsche ich viel Glück. [Heiterkeit]

Wir gehen, wie Sie wissen, dieses Wochenende nach Pfullendorf an den Anlass, zu dem wir eingeladen worden sind. Es sind jetzt wieder vier Plätze frei geworden, weil sich zwei Ehepaare gesundheitshalber entschuldigen mussten. Wer sich also die Zeit kurzfristig noch freischaufeln kann oder will, ist herzlich eingeladen mitzukommen. Melden kann man sich bei Patrick Dill.

Simon Maurer, Präsident: Somit schliesse ich die Sitzung heute sehr früh, damit alle noch rechtzeitig an den Fernseher kommen, um den Match anzuschauen.

ENDE